

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1839.

Berechnet werden
Inserate die dreispaltige Zeile oder
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Saitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Saitpoldstraße 9.

Inhalt: Die Unfallursachen und die Arbeiter. — Arbeitsprogramm für den Winter. — Die Unfordarheit in der Metall- und Maschinenindustrie. — Bericht der Agitationskommission für das nördliche Bayern. — Die Lage der Stuttgarter Metallarbeiter. — Konferenz des 9. Agitationsbezirks des D. M. V. — D. M. V.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Ein für die Gewerkschaften interessanter Prozess. — Eine Umwälzung in der Metall-Industrie. — An die Verwaltungsjstellen des D. M. V. von Schlesien und Posen (2. Bezirk). — An die Verwaltungsjstellen in Bayern rechts des Rheins (10. Bezirk). — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse für Metallarbeiter. E. S. 29: Abrechnung der Hauptkasse pro Sept. 1901. — Rundschau. — Aus anderen Berufen zc. — Gerichtszeitung. — Sittenspiegel.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Handarbeiten nach **Berlin** (Firma Müller, Neue Königsstraße);
 - von Aluminiumschlägern nach **Schwabach** (Müller);
 - von Feilenbauern nach **Breslau** (Karl Klose);
 - von Feingoldschlägern nach **Breslau, Leipzig, Nürnberg** (besonders von den Werkstätten von F. Renner, Schwabacherstraße 41, Chr. Schmidt, obere Menterschlagasse 12, Friedr. Reinmann, Tafelfeldstraße 34, Jean Schmitzbaum, Kühnertsstraße 11. und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten M. Bittner, Hunger und Jgl);
 - von Formern nach **Achersleben** (Maschinenbau-V. G.), nach **Lörrach-Stein** (Ernst Wähler); nach **Worms** (Horn);
 - von Selbgießern und Gürtlern nach **Breslau** (Albert Knauth);
 - von Klempnern nach **Düsseldorf** (Mag. Werner und Springorum);
 - von Kupferbeschmiedern nach **Düsseldorf**;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach **Markgrafstädt** (Brauer u. A. Rehwinkel); nach **Weiskufels** (Holltes Werke);
 - von Metallbrückern nach **Düsseldorf**;
 - von Schleifern nach **Füdenstede** (Wasser & Fischer) und **Helbert** (vorm. Gebr. Jüdic);
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche **überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Unfordarkeit; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Unfallursachen und die Arbeiter.

Die „Eisen-Zeitung“, die seit der Aussperrung der organisierten Arbeiter in Dänemark, da wir ihr verlogenes Treiben bloßlegten, sich der Arbeiterchaft gegenüber etwas zurückhielt, erachtet die Zeit für gekommen, wieder einmal etwas Dummes gegen dieselbe zu schreiben. Sie benutzt dazu den jüngst von der Rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1900 veröffentlichten Geschäftsbericht, wonach die Unfallhäufigkeit von 12,19 im Jahre 1899 auf 13 per 1000 Personen in 1900 gestiegen ist, indem sie schreibt: „Die sozialdemokratische Presse liebt es, die Schuld für die Unfälle in den Betrieben hauptsächlich den Arbeitgebern zuzuschreiben und beharrt bei diesem Verhalten, obgleich die Unfallstatistiken des Reichsversicherungsamtes nachgewiesen haben, daß die Arbeitnehmer bei der Veranlassung von Unfällen weit größere Schuld als die Arbeitgeber trifft.“ Und nun führt sie zum Beweise für ihre Behauptung aus dem erwähnten Berichte an, daß dem Genossenschaftsvorstand im Jahre 1900 nicht weniger als 346 Bestrafungen von Arbeitern wegen Nichtbeachtung gegebener Unfallverhütungs-Vorschriften zur Kenntniß gekommen seien. Diese 346 Bestrafungen imponieren uns nun ganz und gar nicht, um so weniger, als sie zum Theil durch die „Werke“ selbst vorgenommen worden sind; diese also Kläger und Richter zugleich, nicht unparteiische Richter und Schiedsrichter, sondern

Partei Richter waren; sie imponieren uns ferner darum nicht, weil sehr häufig unpraktische Schutzvorrichtungen angewendet werden, die bei der Arbeit ein Hinderniß bilden, während gerade dieselben „Werke“ die Arbeiter unablässig heizen und jagen, damit sie nur ja recht viel Arbeit leisten; und sie imponieren uns schließlich auch deshalb nicht, weil der Arbeiter in jedem Falle an seinem Unfalle selbst schuld ist, weil er dabei war. Würde er statt in einem Hütten- oder Walzwerke, in einer Gießerei oder Maschinenfabrik zu arbeiten, in der Redaktionsstube der kapitalistischen „Eisen-Zeitung“ arbeiten, so würde er sich höchstens im Dienste des Geldsacks die Finger wund schreiben und sein sittliches Gefühl etwas abkumpfen, aber Brandwunden, Augenverletzungen, Knochenbrüche zc. würde er sich nicht zuziehen.

Und wenn die „Eisen-Zeitung“ weiter schreibt: „Da die Sozialdemokratie stets nur den Arbeitgebern die Schuld an den Unfällen zumißt, und die Arbeiter selbst niemals über die ihnen zustehenden Pflichten aufklärt, so wird es um so notwendiger, daß die Arbeiter durch Bestrafungen an ihre Pflichten erinnert werden“ — so wollen wir die Antwort darauf an der Hand der jüngst erschienenen Berichte der preussischen Fabrikinspektoren geben, die ja keine „Sozialdemokraten“ sind.

Da ist zunächst der Bericht des Düsseldorfser Aufsichtsbeamten, in dem ebenfalls die große Unfallhäufigkeit in den Hütten- und Walzwerken betont und ausgeführt wird, daß ein Hinweis auf diese von Jahr zu Jahr wachsenden Ziffern wohl genügen dürfte, um bei allen zuständigen Behörden und Ueberwachungsorganen und insbesondere auch bei der Groß-Eisenindustrie selbst und ihren Arbeitern die Ueberzeugung wachzurufen, daß es gerade hier dringend notwendig ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Verminderung der Unfallgefahren hinzuwirken, womit natürlich auch wir durchaus einverstanden sind. „Die schwersten Unfälle ereigneten sich wiederum bei den Rangier-, Transport- und Entlade-Arbeiten. Unter den Gründen, auf welche die fortgesetzte Steigerung der Unfallziffern zurückzuführen sein dürfte, steht wohl zweifellos mit in erster Reihe der starke Arbeiterwechsel und die Einstellung ungeübter, mit den Gefahren der Betriebe nicht vertrauter Personen.“ — So, alte hübsige Tante „Eisenztg.“, da sind die sehr einleuchtenden wichtigen Gründe der Unfallhäufigkeit, aber kein Wort von der „Sozialdemokratie“ als eine der „Unfallursachen“ enthält der Bericht. Bosheit und Dummheit scheinen in der Familie der „Eisenztg.“ erblich zu sein.

Es werden sodann eine Reihe von Unfällen in ihren Ursachen, Verlauf und Wirkungen näher dargelegt. So berichtet der Gewerbeinspektor in Duisburg über einige bemerkenswerthe Unfälle beim Hochofenbetrieb folgendermaßen: „In einem Hochofen verunglückten zwei Arbeiter beim Auswechseln von Kühlkästen. Ein Theil dieser umständlichen, lange Zeit erfordernden Arbeit war geschehen, als die Beschickungsmasse im Innern ins Rutschen kam und die Ofenwand an der freien Stelle durchdrückte, wobei die herausbrechende Flamme die Arbeiter verbrannte.“ Sodann werden zwei Fälle von Kohlenoxydgasvergiftung näher beschrieben.

Auch die von der „Eisenztg.“ böswillig gegen die Sozialdemokratie ausgehlachten Bestrafungen wegen Zuwiderhandlung gegen die zur Unfallverhütung erlassenen Vorschriften werden eingehend besprochen. So berichtet der Gewerbeinspektor in Essen: „Ein Sandgrubenbesitzer beschäftigte eine Anzahl Gefangener. Bei den diesseitigen Besichtigungen waren der verantwortliche Betriebsführer und der Gefange-

nenaufseher wiederholt aufgefordert worden, die stehenden Böschungen zu beseitigen. Beide hatten die Aufforderungen und Warnungen unbeachtet gelassen, bis eines Tages ein Gefangener verchlüftet wurde und erstickte. Der Betriebsführer wurde mit 4, der Aufseher mit 2 Wochen Gefängniß bestraft.“ Im nämlichen Aufsichtsbezirk wurde der Direktor einer Dachziegelei wegen wiederholter Uebertretung der Regierungs-Polizeiverordnung über die Anlage und den Betrieb von Steinbrüchen und Grubereien mit einer Geldbuße belegt. Wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz erhielt ein Unternehmer, in dessen Betrieb durch Unvorsichtigkeit des Schachmeisters eine Dynamit- und Pulverexplosion entstand, die den Schachtmeister tödtete, eine Gefängnißstrafe von drei Monaten. Im Solinger Bezirk wurde der Besitzer einer Acetylgasanlage wegen grober Verletzung der bestehenden Polizeiverordnung auf Veranlassung des Gewerbeinspektors zu 30 Mark Geldstrafe gerichtlich verurtheilt und eine Anzahl von Schleifereibesitzern und selbstständigen Schleifern wegen Nichtanbringung von Schutzböden über den Schleifsteinen zur gerichtlichen Verantwortung gezogen.

Also lauter Unternehmer. Daneben wird ein einziger Arbeiter, ein Kesselwärter, erwähnt, der wegen der Ueberlastung eines Sicherheitsventils des Dampfessels 20 Mark Geldstrafe erhielt. Daß aber der Fall etwas mit der „Sozialdemokratie“ zu thun gehabt hätte, wird nicht einmal die „Eisenztg.“ zu behaupten wagen.

Und nun zu den Schutzvorrichtungen. Da lesen wir, daß die zur Verhütung von Augenverletzungen durch abfliegende Spähne beim Drehen von Metallkörpern wiederholt empfohlene Schutzvorrichtung von den Arbeitern gern benutzt wird, da sie die Schutzbrille ersetzt und gestattet, das Werkzeug genau zu beobachten. „Erfreulich ist, daß die Gasmotorfabriken durch zweckmäßig konstruirte Umdrehvorrichtungen den beim Anlassen der Motoren auftretenden Unfällen mit Erfolg entgegenarbeiten. Zu wünschen bleibt jedoch, daß die Anlaßkurbeln auch durch billigen Preis und in Folge dessen allgemeinere Anwendbarkeit ausgedehnteste Verbreitung erfahren möchten. — Um die Gefahr zu vermindern, die in Thomaswerken dadurch entsteht, daß schwere Schlackenstücke sich vom Konverterkamine loslösen und herabfallen, hat ein Werk bei einer Neuanlage die Kaminwände mit dünnen Blechtafeln behängt. An diese legt sich die Schlacke in dünnen Schalen an, die leicht abspringen“ usw.

Im Berichte über den Regierungsbezirk Arnsberg wird das Kapitel „Betriebsunfälle“ ebenfalls sehr eingehend behandelt. Darnach sind in diesem Bezirke im Jahre 1900 bei 184 923 beschäftigten Arbeitern 13 150 Unfälle vorgekommen, wovon 879 mit mehr als 13wöchiger Erwerbsunfähigkeit und 129 mit tödlichem Ausgange. In 5 Inspektionsbezirken ist die Zahl der Unfälle gestiegen, in 4 Bezirken ist sie zurückgegangen. „Die Abnahme ist jedoch überwiegend; sie beträgt etwa 4,4 Prozent, obwohl die Gesamtzahl der in Betracht kommenden Arbeiter um ca. 4,1 Prozent gestiegen ist. Es spiegelt sich in diesen Verhältnissen der im Berichtsjahre eingetretene Rückgang in der Eisen- und Stahlindustrie, indem das durch den vorher ungewöhnlich flotten Geschäftsgang bedingte Hasten und Drängen einem ruhigeren Arbeiten Platz gemacht hat, die Betriebsvorrichtungen wieder besser überwacht und nicht mehr bis zum Neuzerßen ausgenutzt werden und der Wechsel der Arbeiter geringer geworden ist, auch ungeübte, namentlich fremdsprachige Arbeiter, nicht mehr angenommen oder entlassen werden. Alle diese Umstände mußten die Unfallziffer herabmindern (wie sie sie im andern Falle steigerten)“. Der Gewerbeinspektor zu Dort-

man bestatigt diese Ansicht durch die Beobachtung, das die Zahl der in seinem Bezirk eingetretenen Unfälle bis zum Monat März, also bis zum Höhepunkt des flotten Geschäftsganges, noch stetig gewachsen, nämlich bis auf 537, alsdann zunächst langsam, vom August an aber rasch gesunken sei. Im Monat Dezember betrug die Zahl der Unfälle nur noch 340. Durch diese Wahrnehmung wird zugleich dasjenige bewiesen, was im vorjährigen Berichte als Ursachen des Anwachsens der Unfälle ausgeführt wurde.

Bei der Wichtigkeit der Sache und angesichts der böswilligen Verleumdung der Arbeiterschaft (der „Sozialdemokratie“) durch struppellose Gegner seien die im vorjährigen Berichte aus demselben Regierungsbezirk über die Vermehrung der Unfälle gemachten Ausführungen hier wiedergegeben. „Die Gewerbeinspektoren führen diesen bedauerlichen Umstand (das Steigen der Unfallziffern) vornehmlich auf den starken Wechsel der Arbeiter und auf die durch den flotten Geschäftsgang und das Drängen der Kundenschaft bedingte äußerste Anspannung aller verfügbaren Arbeitskräfte und äußerste Ausnutzung der Betriebseinrichtungen zurück. Mangelhafte Beleuchtung, fehlerhafte Geleisanlagen, Mängel an Fußböden, Gerüsten, Treppen und Maschinen, sowie schadhafte gewordene Schutzvorrichtungen wurden vielfach übersehen oder zu spät und nicht gründlich ausgebessert, weil es an Zeit und Arbeitern fehlte. Die vorhandenen Arbeitsräume wurden so weit als irgend möglich ausgenutzt und neue Abteilungen mit neuen Maschinen, oft ehe sie fertig waren, in Betrieb genommen. Einzelne Gewerbeinspektoren weisen auch auf die zunehmende Verwendung ungewählter und solcher Arbeiter hin, die der deutschen Sprache nicht so weit mächtig sind, um Anweisungen und Warnungen richtig und schnell verstehen zu können. So erklärte sich auch, wie der Gewerbeinspektor in Dortmund berichtet, die Thatsache, daß unter den Verletzten und zumal der Schwerverwundeten, die Träger polnischer Namen auffallend zahlreich sind.“ — Zweifellos waren dieselben Ursachen auch im Jahre 1900 bei zahlreichen Unfällen im Spiele. (Schluß folgt.)

Arbeitsprogramm für den Winter.

Wir stehen an der Schwelle des Winters und damit am Beginne einer Zeit, die für die innere Vereinsthätigkeit viel geeigneter ist, als die übrige Jahreszeit mit einer bedeutend günstigeren Witterung, die an den Abenden der Wochentage, wie an den Sonn- und Festtagen ins Freie lockt; und es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Arbeiter die bessere Jahreszeit dazu benutzen, sich im Freien zu ergehen und an den Schönheiten der Natur zu erfreuen und frische Luft zu schöpfen, es ist dies sogar zu wünschen im Interesse ihrer Gesundheit und weitem Gemüthsbildung. Zuvörderst sollen die Geschäfte der Organisation, soll die Agitation darunter nicht leiden.

Anderes ist es nun im Winter, wo die Witterung meistens rau und unfreundlich ist und den Aufenthalt im Freien unangenehm macht; und wo ferner die Tage kurz und die Nächte lang sind, man also sowieso auf den Aufenthalt in geschlossenen Räume angewiesen ist. Da gilt es, diese Zeit für die Pflege des Vereinslebens, für die Förderung der inneren Vereinsthätigkeit, wie auch der Agitation besonders nutzbar zu machen. Begünstigt wird die Entfaltung dieser Thätigkeit besonders überall noch da, wo hübsche, helle geräumige, gut erwärmte Vereinslokale zur Verfügung stehen, wie dies in den eigenen Gewerkschaftshäusern der Fall ist und wo kein Zwang besteht, so daß namentlich die jüngeren, wie überhaupt die ledigen Mitglieder einen großen Theil ihrer freien Zeit nutzlos verbringen können, ohne immerwährend trüben und für diesen Zweck einen erheblichen Geldbetrag ausgeben zu müssen. Diese Vereinslokale sollen mit einer genügenden Anzahl gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterblätter, mit Zeitschriften (Neue Zeit, Sozialistische Monatshefte), mit sozialistischen Blättern (Wahrer Jakob und Süddeutscher Postillon, auch der in München erscheinende Simplicianus ist zu empfehlen), mit sozialistischer Unterhaltungsliteratur (Freie Stunden, Neue Welt) ausgestattet werden; ferner sollte eine Bibliothek daselbst Platz finden und an den Abenden wie an Sonn- und Festtagen benutzbar sein; sodann sollten auch verschiedene Spiele nicht fehlen, ein Schachspiel, Damenpiel, Galmaspiel usw. In der Bibliothek sollten unseres Erachtens hauptsächlich enthalten sein: die sozialistische Agitationsliteratur wie die sozialwissenschaftlichen Werke (Marx, Engels, Lassalle, Bernstein usw.), nationalökonomische und

fachliche Litteratur, Fabrikinspektorenberichte, Arbeiterchutzgesetze und Geschichte der Arbeiterchutzgesetzgebung, soweit eine solche vorhanden ist, naturwissenschaftliche und Reiselitteratur, Geschichte, Technik, Romane und andere Unterhaltungsliteratur usw. Zur Bequemlichkeit der Mitglieder könnten im Vereinslokal Brief- und Schreibpapier sowie Kouberte, ferner auch Zigarren verkauft werden, der dabei erzielte kleine Gewinn könnte zur Bildung eines Bibliotheksfonds verwendet und könnten daraus Beiträge an die Kosten literarischer Neuanschaffungen für die Bibliothek entnommen werden.

Als eigentliche Punkte des Arbeitsprogramms für den Winter möchten wir anführen: Vorträge, Diskussionsstunden, Vorlesungen, Fachkurse, Theateraufführungen, Sonntagsnachmittags-Konzerte und Abendunterhaltungen, gemeinsame Spaziergänge an schönen Sonntag-Nachmittagen usw. Anregung und Belehrung bietet jeder gute Vortrag, betreffe derselbe nun einen Gegenstand aus dem eigenen Berufe, aus der Technik, Arbeiterchutzgesetzgebung, Fabrikinspektion, Arbeiterbewegung, Nationalökonomie, Sozialwissenschaft, Naturwissenschaft, Geschichte, Zoll- und Handelspolitik, Agrarpolitik usw. Die Redner sollte man nehmen, wie sie zu bekommen sind, sozialdemokratische wie bürgerliche, akademisch gebildet mit und ohne Dokortitel, solche mit Mittelschulbildung, wie Arbeiter mit Selbstbildung, also Lehrer, Professoren, Techniker, Ingenieure usw. Ein Fehler hat sich seit Jahren vielfach bei unsern Genossen eingeschlichen, sie wollen immer nur jenen „große Thiere“ hören, z. B. von Arbeiterführern: nur die berühmtesten. Das ist ein schlimmes Unrecht gegen diejenigen Genossen in der eigenen Mitte, die das ganze Jahr hindurch alle möglichen Arbeiten für die Organisation verrichten müssen, die die Redner in den gewöhnlichen Versammlungen und Diskussionsstunden sind; dazu sind sie gut genug, aber zu größeren Leistungen, zu öffentlichen Vorträgen und Agitationsreden zieht man sie nicht heran, dazu hält man sie nicht für genügend befähigt, dazu muß ein „großes Thier“ herangezogen werden. Diese Zurücksetzung und ungerechte Behandlung des alltäglichen Kämpfers und Mitarbeiters ist ein schwerer taktischer Fehler unserer Genossen, der entschieden getadelt werden muß. Dabei übersehen wir keineswegs den durchaus berechtigten Wunsch, einmal einen anderen Redner zu hören. Man soll so oft als es möglich und zweckmäßig erscheint, öffentliche Vorträge und Agitationsversammlungen veranstalten, dann kann man die einzelnen Genossen am Orte in billiger Weise berücksichtigen, wie auch andere Redner heranziehen. Die Ausbildung recht vieler Genossen zu Rednern ist durchaus wünschenswert und notwendig, wir haben deren noch lange nicht zu viel, sondern im Gegentheil zu wenig und der Energie, der in dem Bestreben liegt, öffentlich aufzutreten und zu wirken, ist ein durchaus edler und berechtigter, der alle Förderung seitens der eigenen Genossen verdient.

Für die Abhaltung der Diskussionsstunden sollte man von vornherein einen bestimmten Wochentag-Abend festsetzen und regelmäßig einhalten. Um die Betheiligung zahlreicher Mitglieder an der Diskussion zu erreichen und um dieselbe geistig zu heben, möchten wir vorschlagen, die örtliche Verwaltung soll ein halbes Duzend Fragen zur Verantwortung aufstellen, schriftliche Antworten verlangen und die besten Arbeiten mit Preisen auszeichnen, die am Besten in Büchern bestehen, welche sich die Verfasser der betreffenden Arbeiten aus einem Buchhändler-Katalog, z. B. derjenigen der Berliner Vorwärts-Buchhandlung, selbst ausleihen können. Das Vorgehen müßte dann derart sein, daß die aufgestellten Fragen fleißig diskutiert, darüber in jeder Diskussionsstunde ein Protokoll aufgenommen und sodann am Schlusse der ganzen Diskussionsperiode denjenigen Genossen, welche sich dazu bereit erklären, die Ausarbeitung der schriftlichen Antwort übertragen würde. Ein von der örtlichen Verwaltung bestelltes unparteiisches und sachmännliches Schieds- oder Preisgericht müßte dann die Arbeiten prüfen und die Preise bestimmen. Die Preise können natürlich auch für die Organisationsbibliothek bestimmt werden, statt für die einzelnen Genossen, sie haben dann als Preisgekrönte immerhin die Ehre. Dieses Vorgehen würde viel Anregung zu Studien einschlägiger Schriften und Bücher wie auch zum Nachdenken, zur Redung im Reden wie in schriftlicher Arbeit geben.

Zu Vorlesungen möchten wir besonders geeignete Theaterstücke von Altklaskern wie auch von modernen Dichtern empfehlen, so von Hauptmann, Sudermann, Guldä, Langemann und Andern. Man

wird dadurch auch angeregt werden zur Selbstausführung geeigneter Stücke, ferner zum Theaterbesuch, der erleichtert werden kann durch die Einrichtung sogenannter Volksvorstellungen, wie sie in Gotha und anderwärts seit einigen Jahren jeden Winter gegeben werden. — Man kann auch interessante Zeitungsartikel, Artikel aus der Neuen Zeit, Kapitel aus wissenschaftlichen Werken, Broschüren usw. porlesen und darüber lehrreichen, anregenden Meinungsaustausch pflegen.

Die Veranstaltung von Fachkursen sollten sich die Gewerkschaften zur Förderung der Berufstüchtigkeit ihrer Mitglieder nicht weniger als die Pflege anderer Gebiete angelegen sein lassen. Namentlich könnten hierdurch jüngere Kollegen für die Organisation gewonnen werden und diese könnten sich ihnen durch die Beibringung theoretischer Fachkenntnisse wie durch die Förderung des praktischen Könnens sehr nützlich erweisen. Wir wissen sehr wohl, daß diese Veranstaltungen nicht so leicht sind, allein bei gutem Willen läßt sich schon etwas machen. Und was die damit verbundenen Kosten betrifft, so so werde man sich an die Stadtbehörde, wie an die Kreis- oder Bezirksbehörden und auch an die Regierung. Mit den öffentlichen Geldern werden alle möglichen Kreise und alle möglichen und unmöglichen Veranstaltungen unterstützt, man gibt sogar Zehntausende und Hunderttausende nutzlos für bloße Festlichkeiten aus, sollten dann nicht einige Hundert Mark für solche löblichen Zwecke einer Arbeiterorganisation übrig sein?

Abendunterhaltungen, Konzerte usw. gehören zur Pflege der heiteren Seite des Lebens, die der die ganze Woche frohdende Lohnarbeiter dringend nötig hat, wie denn auch der Dichter sagt:

Wenn du ermattet von des Tages Lasten,
Vernimmst der Feierstunde Glockenschlag,
Sinnst auf kurze Stunden auszurasen,
Ist dich zu neuem Frohdienst weckt der neue Tag;
Wenn deines Geistes immer reges Schaffen
Zum Tempelbau der neuen Zeit,
Trägt Stein auf Steine, ohne zu erschlaffen
Und die Nacht dir kaum nur kurze Ruhe beut:
Dann Mann der Arbeit, ob mir Hände
In oder mit Gedanken wirken muß,
So dir nach der Woche und des Werts Vollen
Zu gönnen eines Festes Lohn und Lust. —

Wir haben in vorstehenden Ausführungen eine ganze Sandvoll Anregungen gegeben, mögen unsere Kollegen allerorten auch den besten und erfolgreichsten Gebrauch davon machen zur eigenen persönlichen Befriedigung und zum Nutzen der Organisation.

Die Akkordarbeit in der Metall- und Maschinen-Industrie.

Durch den Hamburger Fall der Akkordmänner ist eine heikle Frage in den Vordergrund des Interesses gerückt worden, der eigentlich viel zu wenig Beachtung geschenkt wird.

Gerade die in der Metallindustrie thätigen Arbeiter mit ihrer großen Vielseitigkeit hätten mehr als alle Andern Ursache, sich zu fragen: Ist die Akkordarbeit zu bevorzugen oder nicht?

Für mich hat nie ein Zweifel darüber bestanden, daß die Akkordarbeit, einerlei in welcher Form, eine der verwerflichsten und schädlichsten Arbeitsarten ist. Mag denn doch die für die Zukunft für unvermeidlich halten, mag Professor Abbe in Jena sie für die höhere Form der Arbeit ansehen — sie ist und bleibt was sie in der Vergangenheit war auch in der Gegenwart: Akkordarbeit.

Um diese meine Behauptung zu beweisen, ist es erforderlich, zuerst die Frage zu beantworten: Was verlangt den Unternehmer, die Akkordarbeit in seinem Betrieb einzuführen? Zur Zeit der Prosperität, des wirtschaftlichen Aufschwunges, wird jeder Unternehmer oder Geschäftsleiter danach trachten, so viel Aufträge als nur irgend möglich für seinen Betrieb zu erhalten, soviel als möglich zu produzieren.

Um letzteres zu erreichen, gehen mehrere Wege offen. Anschaffung praktischer technischer Hilfsmittel, mögliche Vergrößerung der Fabrikanlage, Einlegen von Doppel- oder Dreifachmaschinen und lastet nicht die Akkordarbeit. Eingedenk dessen, daß gute Konjunkturen dank der planlosen kapitalistischen Wirtschaftsweise von nicht allzulanger Dauer sind, wird der Unternehmer nicht so leicht Neuanschaffungen und Aufbauten vornehmen, wenn nicht der Artikel ein solcher ist, der nach menschlicher Voraussicht auch eine flauere Geschäftsperiode überdauert. Daß Ueberstunden die Tagesleistung nur bei kurzer Dauer erhöhen, später aber eher noch vermindern, müßte jedem denkenden Menschen klar sein, deshalb wird auch der pfiffige Betriebsleiter, wenn ihm von den Arbeitern kein Widerstand entgegen gesetzt wird lieber die Akkordarbeit, oder aber diese und Ueberzeitarbeit dazu in seinem Betrieb einführen. Er folgert ganz richtig: Die chronische Nothlage der Arbeiter macht dieselben zur Erlangung von Mehrerlösen geneigt. Dadurch aber, daß er nur überarbeiten läßt, hat er, wie oben angedeutet, nur bedingten Vortheil; anders bei der Akkordarbeit. Bei ihr setzt der Unternehmer eine Mehrleistung unbedingt voraus, wenn auch in der ersten Zeit durch die zufällige bekannte Förderung für ihn ein zeitlicher Vortheil nicht herausspringt. Dies geht nun noch

an, so lange, wie auch Abbé sehr richtig sagt, dem Arbeiter sein Mehrverdienst ausgezahlt wird.

Ja, aber da liegt gerade der Hase im Pfeffer. Die Unteroffiziere und Offiziere des Kapitals, die Arbeiter, Meister, Ingenieure usw. werden bald dafür sorgen, daß dem Arbeiter ein Preis gezahlt wird, der ihn zwingt, alle Vorzüge außer Acht zu lassen, zu schämen tagen tagaus, um nur auf den durchschnittlichen Stundenlohn zu kommen. Wer wüßte nicht zu erzählen, wie in den Affordhuden die Uneinigkeit mit schlauder Berechnung dadurch hineingetragen wird, daß sogenannte Meisterfreunde gute Arbeit bekommen, während andere und nicht zum wenigsten thätige Verbandskollegen mit dauernd schlechter, nicht lohnender Arbeit bedacht und hinausgeschickt werden. Sind das nicht Alles schon Gründe genug, nicht nur für „möglichste Beschränkung“, sondern sogar für die Weigerung der Affordarbeit mit aller Energie einzutreten?

Aber weiter. Professor Abbé sagt, die Affordarbeit veranlaßt den Arbeiter, mehr mit dem Kopf thätig zu sein, mit einem Wort, praktischer zu arbeiten. Das ist wahr. Wenn ich nun aber durch meine Intelligenz in meinem Beruf Vorteile erworben habe, so kann ich diese Vorteile bei Zeitlohnarbeit dem Unternehmer zugute kommen lassen, je nachdem er mich bezahlt. Anders im Afford, hier zwingt mich derselbe systematisch durch fortwährendes Abziehen, durch Reduzierung der Affordhöhe, diese meine Vorteile ganz in seinen Dienst zu stellen, sie indirekt zu seinen Vorteilen zu machen. Oder stimmt das nicht?

Es soll hier ganz davon abgesehen werden, daß Vorteile, die sich ein tüchtiger intelligenter Mann im Beruf erworben hat, ihm unnütze Arbeit vermeiden lassen, und die dadurch bedingte Kräfteersparnis zweifelsohne seinem Körper, seiner Gesundheit und im weiteren Sinne, der Familie und Nachkommenschaft zu Gute kommen.

Einer der schlimmsten Nachteile der Affordarbeit und zwar nur durch dieselbe bedingt, ist die Zersplitterung. Wir finden diese am meisten in der Uhren-, Bijouterie- und der mechanischen Musikwerkzeug-Industrie. Hier arbeitet schon der Lehrling nach 5 bis 6 Wochen im Afford. Immer ein und dasselbe Teil entgleitet seinen mechanisch habenden Händen, ebenso den Gehilfen und Gehilfinnen. Eine wiederholte Aenderung des Arbeitsplans bedeutet für den Unternehmer, und in diesem Falle auch für den Arbeiter bezw. Arbeiterin, einen Nachteil am Verdienst, ist deshalb aus naheliegenden Gründen den Weibern nicht willkommen. Hier sehen wir, wie durch die Profitgier des Kapitals mit dem Mittel der Affordarbeit eine eheliche Kunst herabgewürdigt wird auf das Niveau stummstimmigster Knochenarbeit, gleich dem zu achtern der Arbeit des Steinlopfens an der Landstraße. Worauf es hier ankommt, ist auch in diesem Falle bewiesen: Der Unternehmer, ganz einerlei, ob Einzelunternehmer oder Aktien-gesellschaft, wird die Affordarbeit nicht einführen, um seinen lieben Arbeitern viel verdienen zu lassen, sondern ein für allemal darum: Um in kürzerer Zeit, für weniger Geld mehr Arbeit als in Zeitlohn geliefert zu bekommen.

Ich will zugeben, daß Herr Professor Abbé einer der wenigen weisen Raben von Betriebsleitern bezw. Unternehmern ist, die ihrerseits in erster Arbeit darnach trachten, ihren Betrieb so auszugestalten, daß die in demselben arbeitenden Leute nicht zu klagen haben, daß Einrichtungen getroffen sind, die ihnen die Arbeit bestmöglichst erleichtern, alle technischen Hilfsmittel günstig angeordnet sind. Ich erkenne an, daß seine Leute das, was sie verdienen, auch ausgezahlt erhalten.

Aber, er hat doch in Dresden gesehen, was er für Kollegen hat, auf einem wie tiefen geistigen Niveau viele Vertreter eines Berufes stehen, der sich zu den Mühen gezählt wissen will. Und nun erbt die Verwandtschaft in absteigender Linie bis zum Grobschmied!

Es würde zu weit führen, wollte ich hier alle Gründe, die gegen die Affordarbeit sprechen, einzeln behandeln. Ich will nur noch hinweisen auf die Unfallgefahr, der die in Afford arbeitenden Eisenbahnarbeiter auf den thurmhothen solofalen Schiffen ausgelegt sind, auf die Arbeiter in den Walz- und sonstigen Eisenwerken, die so wie so in jeder Lebensgefahr schweben und die durch die Affordarbeit noch mehr angepannt werden und gar so oft elend ums Leben kommen.

Ich resumiere mich dahin: Solange es in Deutschland einen Schatzmacherverband gibt, der nicht einmal davon zurückschreckt, mit 12.000 Silberlingen Knebelgesetze für die Arbeiter zu erlassen, solange es Leute gibt, die bei der Behandlung von Unfallvorschriften dem lachenden Munde ein mundus vult decipi (Die Welt will betrogen sein) einflüßeln lassen, solange es Leute gibt, die sich zwischen Klone und Volk stellen, jene belügen und ein Meer fleißiger Arbeiter zu wasserlosigen Gesellen humpeln lassen — so lange gibt es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, sondern Klassenkampf und dadurch bedingt Klassenhaß. So lange es Kapital und kapitalistische Unternehmer gibt, werde ich immer Gegner der Affordarbeit sein, weil sie eines der gemeingefährlichsten Ausbeutungsmittel gegen die Arbeiter ist; nur Unverstand oder zu großes Vertrauen zu unheimlichen Kapitalisten kann etwas Anderes in derselben finden, hier werfen die nackten Thatsachen alle Theorien über den Kauf der Affordarbeit bleib Nordarbeit.

Wenn nun noch so viele Arbeiter in der Affordarbeit ihr Heil erblicken, so kann einem das nicht sehr wundern; die ewige Klemme, die Geldnot läßt sie alle Bedenken gegen die Affordarbeit vergehen, obgleich sie dieselbe meiden sollten wie der Teufel das Weihwasser.

Wir ist nichts daran gelegen, mit einem Anfaß in der Metallarbeiterzeitung zu glänzen, ich wollte nur einmal Gegner und Freunde meiner Ansicht veranlassen, sich über diese Frage mehr als bisher zu äußern. Es ist eine traurige Thatsache, daß das was in einer Gewerkschaft verpönt ist, in der andern erlaubt, ja sogar empfohlen ist.

F. P e i n e.

Bericht der Agitationskommission für das nördliche Bayern.

Der diesjährige Bericht erstreckt sich auf eine Periode wirtschaftlichen Niederganges. Schon während der Tagung der letzten Konferenz war es bekannt, daß in einem größeren Städtchen Münchens Arbeiterentlassungen bevorstehen. Die Ereignisse haben die schlimmsten Besorgungen übertriften. Massenentlassungen sind in den meisten Betrieben Münchens vorgekommen. Aus allen Bezirken kommen Nachrichten von Arbeiterentlassungen und theilweiser Einschränkung der Betriebe. Von einer systematischen Zusammenstellung der Arbeiterentlassungen und der in Folge der Krise eingeführten Arbeitszeitverkürzungen mußte die Agitationskommission Abstand nehmen, weil es ihr in Folge anderweitiger Thätigkeit an der nötigen Zeit für diese Arbeit fehlte. Soweit uns jedoch Mitteilungen gemacht wurden, ist ein Mitgliederstand in der Höhe, wie er sonst bei dem Eintritt wirtschaftlicher Krisen in Erscheinung trat, nicht zu verzeichnen gewesen, während wir in früheren Jahren sehr häufig die Erfahrung machten, daß die Mitglieder wegen allzu großer Resignation der Beiträge gütlich wurden. Wir dürfen diese Thatsache wohl auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zurückführen. Die größte Zahl der Abgänge ist unter der Rubrik „Abgereist“ vermerkt.

Mit dem weiteren Umsichgreifen der Krise sind auch die Anforderungen an die Agitationskommission gestiegen. Die Zahl der Korrespondenzen ist gewachsen. Die Zahl der Einkäufe betrug in diesem Jahre 62 Briefe, 66 Karten und zwei Telegramme. Die Zahl der Ausläufe betrug 196 Briefe, 113 Karten, 7 Telegramme.

Die Zahl der Versammlungen, Sitzungen und Revisionen, zu denen die Agitationskommission Vertreter sandte, betrug 91. Die Vertreter der Agitationskommission waren theils als Referenten, theils als Berater bei Sitzungen und Revisionen tätig: 22 Mal in Schwabach, 10 Mal in Nürnberg, in den Orten Roth a. S. und Würzburg je fünf Mal, je 4 Mal waren Vertreter der Agitationskommission in den Verwaltungskreisen: Memmert i. L., Regnitz, Rosenburg und in Schilling und je 3 Mal in Bahrenth, Nagwang, Hersbruck, Martinstadt und Nürnberg (Silber-schläger); je 2 Mal in Amberg, Emskirchen, Geramühle, Bamberg, Regensburg und Schweinfurt; und je ein Mal in Ansbach, Nabburg, Erlangen, Gunzelsberg, Zirndorf, Nürnberg b. Lauf und Weidenau.

Die hohe Zahl der Besuche in den Orten Nürnberg und Schwabach ist auf die Unterhandlungen, die in Sachen der Silber-schläger geführt wurden, zurückzuführen. Den Arbeitern dieses Berufes, die schon seit Jahren unter der Art zu leiden haben und die im vorigen Jahre nach zwölfwöchentlichem Kampfe sich einige Positionen erkämpfen konnten, drohte durch die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit seitens einiger Meister eine neue Gefahr. Nicht nur daß durch diese Vorbestimmung die Ertragskosten eines zwölfwöchentlichen Kampfes verloren gegangen wären, sondern durch die wilde planlose Produktion in einzelnen Betrieben dieses Berufes wäre die Krise noch verschärft worden. Unter Beiziehung eines Vertreters des Gewerkschaftsverbandes und eines Vertreters der Agitationskommission kam schließlich zwischen den Unternehmern und den Arbeitern die Vereinbarung zu Stande, daß die Arbeitszeit auf 7 Stunden festgesetzt wurde. Hier die Wertung eines Schwabacher Meisters, der die Bedingungen nicht einhielt, wurde die Sperre verhängt.

Eingehend beschäftigte sich die Agitationskommission mit der Lage der auf den Metallhammerwerken und Bronzemeßblei betriebligen Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist von der Agitationskommission in Nr. 38 unseres Organs veröffentlicht worden.

Nach der Durchsicht durch Fragebogen Aufklärung über die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten und Bezirken zu erhalten, hat sich aus vorstehendem erwiesen. Es war den Referenten möglich, sich bei ihrer Agitation mit Material zu versehen. Zur schriftlichen Verarbeitung des so gewonnenen Materials fehlt es der Agitationskommission an Zeit.

Ein Zweck war zu bezeichnen bei den Korrespondenzen in Bayern. Derselbe ist für die Arbeiter reibungslos verlaufen. Er war planlos arrangiert. Vorstand und Agitationskommission erhielten erst Nachrichten, aus der Zeit schon im Gange war. Secunder wurde der Zweck in Wilhelmshorst-Emskirchen.

Mit der Gründung neuer Zellen ist die Agitationskommission, wie bisher, sehr vorwiegend vorgegangen. Nur dann, wenn man die Gewähr hatte, daß auch geübtere Leute den Verhandlungsgeschäften verstanden, hat die Agitationskommission der Neugründungen ihre Zustimmung gegeben. Neugegründet wurden Verwaltungskreise in Nagwang, hier sind jetzt ca. 70 Mitglieder, und in Martinstadt, hier sind 65 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder in Nürnberg ist eingezogen.

Wenig angeschlossen war das Zusammenreffen der Mitglieder der Agitationskommission mit den Agitatoren des Schmiedeverbandes. Hier lagten sich die Vertreter der Agitationskommission an, den Rednern vom Schmiedeverband entgegen zu treten. Wir haben uns hierbei lediglich auf die Zurückweisung der Angriffe auf unsern Verband beschränkt. Bei einem Referat mit den Vertretern des arbeitslosen Metallarbeiter-Verbandes in Regensburg wurde unterem Redner das Wort abgehört. Der geistige Wille jener Herren war, während die Straßen und Zirkeln, umgeben wie es abriefen, in einem Waffengang einzuweichen.

In der Frage der Einleitung eines Generalstreiks ist die Agitationskommission einhellig der Ansicht, daß ein solcher notwendig ist.

Die immer mehr und mehr wachsenden Massen zeigen, daß in Zukunft ein Mann an der Spitze sein muß, der seine ganze Kraft und Thätigkeit dem Verbands widmen kann. Mühte sich die Agitationskommission doch bis jetzt lediglich darauf beschränken — da ihre Mitglieder nur ihre wenigen freien Stunden opfern konnten — die gegen-

wärtig bestehende Verwaltungskreise, oftmals mit Mühe und Noth, zu erhalten. Vom Studieren der Verhältnisse an Ort und vom Gewinnen neuer Mitglieder konnte keine Rede sein.

Besch unermessliches Feld liegt uns speziell noch in Nordbayern offen zur Bearbeitung. Einigermassen gezielte Agitation kann dem Verbands reiche Früchte tragen. Über dazu gehört eben Zeit, Zeit und wiederum Zeit.

Wir hoffen, daß diese Frage des Eingehens diskutiert wird, und sind nach unseren langjährigen Erfahrungen der festen Ueberzeugung, daß dieser eventuelle Beschluß dem Verbands zu Nutzen gereichen wird.

Jahresabrechnung

der nordbayerischen Agitationskommission vom 1. Okt. 1900 bis 30. September 1901.

Einnahme:

An Kassenbestand	273.00
„ Zuschuß v. d. Hauptkasse in 3 Raten à 300	900.—
„ freiwilligem Beitrag von Hersbruck	2.50
„ „ „ von Dr. Ab. Br.	30.—
Summa	1205.50

Ausgabe:

Per Kosten der Konferenz in Jülich	26.70
„ Agitationskosten	834.21
„ Druckkosten laut Rechnung	47.75
„ Schreibzettelkosten	7.84
„ Porto	22.52
„ Statistik der Metallzainer	32.75
„ Schriftliche Arbeiten	5.—
„ Verwaltungskosten insgesamt	177.60
„ Saldo-Vortrag	51.22
Summa	1205.50

Kasse und Belege geprüft und für richtig befunden:

Ph. Höpner, Vorsitzender.

A. Engner, A. Haffel, Revisoren.

Die Lage der Stuttgarter Metallarbeiter.

Der wirtschaftliche Umschwung in der Metallindustrie, besonders im Maschinenbau, hat sich seit Anfang dieses Jahres durch Arbeitszeitverkürzung und Arbeiterentlassungen auch in Stuttgart sehr merklich bemerkbar gemacht. Entlassungen haben in den meisten Fällen Lohnreduktion zur Folge; aber auch in anderer Beziehung wird von Seiten der Arbeitgeber versucht, die schon längst gehegten Wünsche zu verwirklichen. Die von den Metallindustriellen Württembergs ausgehende inhaltreiche Fabrikordnung wurde mit verwerflichen Strafbestimmungen bis zur Höhe eines Tageslohnes und mit Maximen bis zur Höhe eines Wochenlohnes (Kahn) bedacht. Bei Leins u. Cie. und bei Muth wurde bestimmt, daß alle diejenigen Arbeiter für denselben Tag von der Arbeit auszuschließen sind, die auf das Signal noch nicht das Fabriktor vortritt haben. Das Verbot gilt nur bei mäßiger oder beschränkter Produktion und nur dort eingeführt werden kann, wo die Organisation noch zu wenig Fuß gefaßt hat, ist unveränderlich. Wie verschiedenartig und reformbedürftig die Arbeitsverhältnisse in Stuttgart sind, weiß die Statistik aus, die am Ende vorigen Jahres von der Ortsverwaltung über die am Ort befindlichen Maschinenfabriken und Landmaschinenfabriken angefertigt wurde. Bei der Kurzaufnahme sollen erst weitere Erhebungen gemacht werden, diese kommt daher in dieser Statistik nicht in Betracht.

Um eine genaue Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse zu gewinnen, wurden an die Vertrauensmänner in den einzelnen Fabriken und Werkstätten besondere Fragebogen ausgegeben und dadurch auch das gewünschte Resultat erzielt. 15 Fragebogen aus Großbetrieben sind eingelaufen. In diesen 15 Betrieben sind nach Angabe der Vertrauensmänner 77 Arbeiter beschäftigt, darunter 215 organisierte. Fragebogen waren ausgefüllt 271 Arbeiter. Von diesen 271 sind 220 verheiratet und 233 ledig. In 9 Betrieben sind insgesamt 72 Verheiratete beschäftigt im Vergleich zur Arbeiterzahl 13,2 Prozent. Ledig sind in keinem Betrieb bezahlt, dagegen erhalten die Verheirateten meist im 2. Jahr eine Entschädigung von 1 bis 4 Mark pro Woche. Die Verheirateten sind in drei Betrieben 3 Jahre, in vier 2 Jahre und in vier Betrieben 1 Jahre. Die Arbeitszeit beträgt in 14 Betrieben 10 Stunden, in 2 1/2 Stunden. In 7 Betrieben beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr und mittags um 1 Uhr; während in den anderen Betrieben verhältnißmäßig wenig erst mittags 1/2 oder 1/2 Uhr angefangen wird. Wespervachten bestehen nur in 5 Betrieben. Von ähnlichen Verhältnissen wird berichtet, daß gewisse Nebenstunden gemacht werden. Meist wird für dieselben 20 oder 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt. Regelmäßig im Afford wird nur in 1 Mundstückfabrik gearbeitet. Der Lohn steigt sich bei Affordarbeit in 2 Betrieben um 1 Mark, in 3 Betrieben um 10 bis 20 Pfennig, während er in einem Betrieb (Kassensfabrik) derselbe bleibt. Die Lohnzahlung erfolgt in 5 Betrieben dreimonatlich, in den anderen Samstagabends, meist nach Ablauf der Arbeitszeit. Mundstückfabrik besteht in sämtlichen Betrieben und ist dieselbe in 5 eine 11- und in 11 eine 2-tägige. Sämtliche Betriebe haben eine Zählordnung und zwar meist mit Strafbestimmungen durchsetzt.

Die Strafen belaufen sich bis zur Höhe des Tageslohnes und werden meist zu Krankentüchtigung, Verabreichung von Krankengeld usw. verwendet. Von den 271 ausgefüllten Fragebogen entfallen:

Schlosser 162, Schmiede 25, Dreher und Hobler 54, Hilfsarbeiter 30. Es waren alt: bis 20 Jahre 86, bis 25 65, bis 30 47, bis 35 22, bis 40 17, bis 45 13, bis 50 12, bis 55 8 und bis 60 Jahre 1 Arbeiter.

An Lohn erhalten:

Table with 10 columns (Wage levels) and 18 rows (Names like bei Abe, Asperger, Eichberger & Leuthi, etc.).

Personen zusammen . . . 1 | 10 | 77 | 79 | 67 | 29 | 6 | 2

Nach den 271 ausgefüllten Fragebogen waren ledig 159 Arbeiter und verheiratet 112 Arbeiter mit zusammen 231 Kindern.

In Stuttgart wohnhaft waren 234 Arbeiter, auswärts wohnhaft waren 37 Arbeiter und zwar in Orten der Umgebung bis zu 2 1/2 Stunden Entfernung.

Organisiert waren politisch und gewerkschaftlich 156, nur politisch 50.

Die Fragen über Behandlung, Beleuchtung, Heizung usw. lauteten so, daß es theilweise Sache der Gewerbeinspektoren wäre, nach dem Recht zu sehen. Etliche Fragebogenbemerkungen, verschiedene Betriebe betreffend, seien wiedergegeben.

Abe, Stahlfabrik: Stunden lang auf Material warten; Behandlung läßt zu wünschen übrig; Heizung, Ventilation, Waschräume ungenügend; 1 Abort bei 20 Arbeitern; seit einem Jahr nicht gereinigt.

Asperger, mechanische Werkstätte: Abort schlecht und bei Regenwetter nicht benutzbar; miserabile Luft; ungenügende Ventilation.

Eichberger u. Leuthi, Kunstschlosserei: Waschvorrichtung mangelhaft; Kleider können nur an die Wand gehängt werden.

Ehle, Maschinenfabrik: Behandlung seitens der zwei Meister schlecht; Heizung mangelhaft; Lokale werden nur zweimal wöchentlich während der Arbeitszeit gereinigt.

Göbel: Maschinenfabrik: Geschäftsräume zu klein; Abortreinigung schlecht.

Hanshahn, Maschinenfabrik: Mangel an gutem Werkzeug.

Heidelmann, Rundstahlfabrik: Waschräume fehlt; Werkstätte zu klein; Gänge oft nur mit Lebensgefahr zu passieren.

Leins u. So., Eisenkonstruktion: Aborte lassen zu wünschen übrig; Reinigung während der Arbeitszeit, sehr ungenügend.

Morgenstern, Heizanlagen: Ventilation, Kleider- und Waschräume fehlt; Reinigung vor Schluß der Geschäftszeit lang.

Möhrllein, Heizungsanlagen: Müdigspanne für Viele zu hoch.

Schiedmaier, Piano-fabrik: Werkzeug mangelhaft.

Stahl, Maschinenfabrik: Waschräume fehlt; Treiberei stark.

Zeiser, Maschinenfabrik: Waschrog wird nur vierteljährlich gereinigt; Behandlung grob.

Von keinem einzigen Betrieb wird berichtet, daß „Alles in Ordnung“ sei. Bei Heidelmann wird über Spitzerei geklagt. Bei Leins u. So., daß die an der Eisenbeize beschäftigten Arbeiter miserabel bezahlt seien, trotz ihrer gesundheitsgefährlichen Arbeit. So liegen die Verhältnisse in der Maschinenindustrie Stuttgarts, welche Zustände in den Kunstschlossereien vorhanden sind, werden wir im Weiteren zeigen. Das gesammelte Material ergibt, daß auch hier Zustände herrschen, die einen Zusammenschluß sämtlicher Metallarbeiter zur zwingendsten Nothwendigkeit machen.

Konferenz des 9. Agitationsbezirks des D. M.-V.

Die Konferenz des 9. Bezirks (Baden, Württemberg, Elsaß und die Pfalz umfassend), die am 29. September in Karlsruhe stattfand, war von 53 Delegierten besucht. Vom Hauptvorstand war Gen. Schilde anwesend. Die Konferenz wurde von Gen. Kleemann-Durlach eröffnet. In das Bureau wurden gewählt: Schneider-Mannheim als 1., Heber-Göppingen als 2. Vorsitzender; als Schriftführer Hahn-Mannheim und Steinmayer-Göppingen, zur Führung der Aktenliste Holz-Gammart.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Anstellung eines Bezirksleiters, erhielt Gen. Kömpf-Stuttgart das Wort. Nachdem die Generalversammlung in Karlsruhe die Bezirksaufteilung angenommen habe, halte er es für notwendig, heute schon dieser Sache näher zu treten und etwa einen Bezirksleiter für den 9. Bezirk zu wählen. Wenn auch allgemein gesagt werde, daß jeder Bezirk viel zu groß sei, um die Agitation so zu betreiben wie dies notwendig wäre, so müße doch ins Auge gefaßt werden, daß es sich dabei um eine Einrichtung handle, die erst nach einiger Erfahrung und im Laufe der Jahre voll und ganz ausgebaut werden könne. In Baden sei man der Ansicht, für Baden, Elsaß und die Pfalz einen besoldeten Bezirksleiter anzustellen. Die Genossen in Württemberg sollten sich an den Hauptvorstand halten. Man sei aber die Zahl der Mitglieder in Württemberg annähernd so groß wie im Gebiet des Verbandsamtes für Baden usw. Berücksichtigt werden im Zukunft die Beamten im Hauptbureau sich mit den einzelnen Bezirken nicht mehr so abgeben können

wie jeither. Er wünsche deshalb für den 9. Bezirk in der Zusammensetzung, wie er von der Generalversammlung bestimmt wurde, einen Bezirksleiter anzustellen. Was den Sitz desselben anbelange, so sei er der Ansicht, denselben an einen Ort zu verlegen, in dem eine Verwaltungsstelle vorhanden sei, die ihre örtlichen Angelegenheiten selbstständig regeln und dem Bezirksleiter unter die Arme greifen könne, damit dieser nicht genötigt wäre, sich mit den örtlichen Angelegenheiten an seinem Sitz zu viel zu beschäftigen. Er schläge deshalb als Sitz für den Bezirksleiter Stuttgart vor. Den Vorwurf, derselbe könnte, wenn er seinen Sitz in Stuttgart habe, vom Hauptvorstand beeinflusst werden, halte er nicht für richtig; wenn sich der Bezirksleiter beeinflussen lasse, so könnte das an jedem anderen Orte auch geschehen.

Kleemann, Vertrauensmann für Baden usw.: Es sei nicht richtig, wenn gesagt werde, daß die Kollegen von Baden für sich den Bezirksleiter beanspruchen, die Hauptsache sei, dem Verband in der jetzigen Zeit Geld zu sparen. In Baden sei der Wunsch vorhanden, für den ganzen Bezirk einen Leiter anzustellen, den Sitz nach Baden zu verlegen und das Agitationskomitee für Württemberg zur Unterstützung desselben beizugeben. In eine Verwaltungsstelle, die im Stande sei, ihre Agitation selbst zu betreiben, den Sitz zu verlegen, halte er nicht für notwendig, er glaube nicht, daß derselbe die ganze Zeit auf der Fahrt sein werde, derselbe könnte dann in seiner freien Zeit der Verwaltungsstelle an seinem Sitz unter die Arme greifen. Von der Verlegung nach Stuttgart könne er die Kollegen, es liege doch die Befürchtung nahe, daß wenn der Bezirksleiter mit dem Hauptvorstand in Meinungsverschiedenheiten komme, eine Beeinflussung von letzterem nicht ausgeschlossen sei, er bitte deshalb, den Sitz nach Baden und an einen Ort zu verlegen, von dem aus der ganze Bezirk in der kürzesten Zeit bereist werden könne.

In der darauffolgenden Diskussion, an der sich der größte Antheil der Delegierten betheiligte, wurde allgemein anerkannt, daß die Anstellung eines Bezirksleiters notwendig sei; die Meinungen über den Sitz gingen jedoch weit auseinander. Die Delegierten von Elsaß und der Pfalz fürchteten, daß wenn der Sitz nach Stuttgart komme, sie nicht so berücksichtigt würden, wie dies bei der großen Masse Metall-Arbeiter, die bei ihnen beschäftigt werde, notwendig sei.

Schilde wies darauf hin, daß die Neueintheilung der Bezirke Sache der Generalversammlung sei, Agitation sei in allen Theilen des Bezirkes notwendig, es sei nicht richtig, daß im Saargebiet usw. die Agitation vernachlässigt wurde, so lange aber diejenigen Kollegen, die im Saargebiet seien, die Bewegung an einem Orte hochzuhalten, immer wieder gemäßigter werden, werden auch bei einem besoldeten Bezirksleiter die Erfolge nicht der Mühe und Arbeit und den geistlichen Entbehrungen entsprechen. Was den angeregten Artikel des Gen. Gué anbelangt, so weise er auf frühere Artikel desselben hin, in denen derselbe gerade das Gegenteil geäußert habe. Er betraue den Bezirksleiter nicht als Wanderredner; seiner Meinung nach sollte derselbe seinen Sitz in einem Orte haben, in dem die vorhandene Verwaltung tätig sei, ihre örtlichen Angelegenheiten selbst zu betreiben; aus diesem Grunde sei der Hauptvorstand zu der Ansicht gekommen, Stuttgart als den geeigneten Ort vorzuschlagen, einen so großen Werth lege derselbe aber seines Wissens nicht darauf, an welchen Ort der Sitz komme. Die Befürchtung, daß dadurch der Bezirksleiter mehr der Gefahr ausgesetzt sei, von dem Hauptvorstand beeinflusst zu werden, sei nicht begründet, wenn sich derselbe beeinflussen lasse, so könnte dies vorkommen, und wenn der Sitz im äußersten Ende des Bezirkes sei. Der Hauptvorstand habe überhaupt keinen Grund, denselben irgend wie zu beeinflussen, er wolle aber die Kollegen, einen Bezirksleiter zu wählen, der es Allen recht machen wolle.

In der geheimen Abstimmung wurde, nach Ablehnung eines Antrags Freieburg, von der Anstellung eines Bezirksleiters überhaupt vorerst abzusehen, Karlsruhe (vorgeschlagen waren noch Pforzheim, Mannheim und Stuttgart; mit 29 Stimmen gewählt).

Zum dritten Punkt: Wahl der Kommission zur Prüfung der Bewerbungen wurde beschlossen, dieselbe aus 5 Mitgliedern zu wählen, zu der jeder Landesheil (Württemberg 2, Baden, Pfalz und Elsaß je 1) seine Kommissionsmitglieder in geheimer Abstimmung zu wählen habe. Gewählt wurden Steinmayer-Göppingen, Kind-Göppingen, Hahn-Mannheim, Holz-Kaiserslautern und Ohliger-Mühlhausen. Hahn-Mannheim wurde als Vorsitzender der Kommission gewählt.

Am Schluß der Verhandlungen angelangt, forderte Gen. Schneider die Kollegen auf, auch in Zukunft in der Agitation nicht zu erlahmen und den Bezirksleiter, wenn er in sein Amt einziehe, thätig zu unterstützen. Mit einem Hauch auf den Verband schloß er hierauf die Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Für einen aus den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln, der Rheinprovinz und dem Regierungsbezirk Arnberg, der Provinz Westfalen zu bildenden Agitationsbezirk mit dem Sitz in Düsseldorf soll ein besoldeter Bezirksleiter

angestellt werden und wird diese Stellung hierdurch zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Thätigkeit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1200 Mk., steigt jedoch mit der festen Anstellung auf 2000 Mk. Aus den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Thätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Zugelassen zur Bewerbung sind nur Verbandsmitglieder.

Da nach § 16, Abs. 3 des Statuts die von der Prüfungskommission gewählten Bewerber eine Probearbeit einzulegen haben, empfiehlt die Kommission zur Vereinfachung der Prüfung, daß die Bewerber gleich mit ihrer Bewerbung diese Probearbeit einreichen. Der Vorstand unterstützt diese Anregung der Kommission entschieden und ersucht die einzelnen Bewerber, der Kurierung der Kommission Solange

zu geben. Als Thema für diese Probearbeit hat die Kommission gestellt:

„Die Aufgaben eines Bezirksleiters“. Etwaige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen bis spätestens zum 1. November 1901 an den Vorsitzenden der von der Konferenz ernannten Kommission Hugo Schaal, Solingen, Kaiserstraße Nr. 282 einzuliefern.

Desgleichen soll für einen aus der Rheinpfalz, dem Großherzogthum Baden, den Reichslanden Elsaß-Lothringen, dem Königreich Württemberg und dem Fürstenthum Hohenzollern zu bildenden Agitationsbezirk mit dem Sitz in Karlsruhe ein besoldeter Bezirksleiter

angestellt werden, und wird auch diese Stellung hierdurch ebenfalls zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die Anstellung erfolgt unter denselben Bedingungen wie sie in der obigen Ausschreibung angegeben sind, und gelten auch für die Bewerbungen selbst dieselben Vorschriften, sowohl bezüglich der Probearbeit, der Briefumschlag-Aufschrift und des Termins.

Etwaige Bewerbungen sind also bis spätestens 1. November 1901 an die Adresse des Vorsitzenden der von der Konferenz ernannten Kommission

Carl Hahn, Mannheim, J. 2. 15a, III einzuliefern.

Wir machen sodann an dieser Stelle noch darauf aufmerksam, daß noch eine größere Anzahl von Broschüren über den Vortrag des Kollegen Martin Segig über Agitation auf der letzten Generalversammlung des Verbandes vorhanden sind, und eruchen wir die Verwaltungsstellen, die noch solche zu verordnen wünschen, ihre Bestellungen umgehend nach hier aufzugeben.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt: Dem Maschinenhändler Alfred Otto Ruppert, geb. 20. September 1880 zu Leipzig, Buch Nr. 384,223, nach dem von der Verwaltung Darumstadt gestellten Antrag: Veruntreuung ihm für den Verband und das Arbeitersekretariat anvertrauter Gelder, sowie wegen Verpöndung und Nichteinlösung seines Verbandsmitgliedsbuches.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1 zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Viebrich a. Rh. Lohnabzüge in Höhe von 20 Pfg. bis 1 Mk. pro Tag ließ die Maschinenfabrik Wiesbaden den dortselbst beschäftigten Arbeitern zu theil werden. Trotzdem in den Wörternblättern verlautet, daß die Fabrik mit reichlichen Aufträgen bedacht ist, werden ca. 40 Mann entlassen.

Martrantstädt. Bei der Firma Brauer u. Rehwinkel haben am 10. Oktober 33 Mann die Arbeit niedergelegt wegen Akkordreduktion von 15—40 Proz. Metallarbeiter aller Branchen werden gebeten, die Fabrik zu meiden. Anfragen sind zu richten an Heinrich Lange, Martrantstädt, Leipzigerstraße 56, 1.

Neuenburg. Vor zirka sechs Wochen forderte die Firma Staub ihre Arbeiter auf, durch Unterschrift in einem Kontobuch die Fabrikordnung anzuerkennen, welche jedoch noch keinem Arbeiter zu Gesicht gekommen ist. Erklärt wurde: „Es ist die alte Fabrikordnung, wir wollen nur die Namen beisammen in einem Buche haben.“ Vorher mußte sich Jeder in eine Liste, aus einigen Bogen Papier zusammengeheftet, eintragen, ohne jedoch, wie das auch jetzt noch der Fall ist, ein Exemplar der Fabrikordnung zu bekommen. Die §§ 28 und 29 (Verhängung von Geldstrafen) sollten fallen. „Die werden zugeklebt und dafür hingehängt. Wer in 14 Tagen öfter als dreimal zu spät kommt, oder wer blau macht kann sofort entlassen werden.“ so wurde uns versichert. Die Unterschrift wurde darauf geleistet; doch die beiden Paragraphen wurden nicht zugeklebt, sondern kaum drei Wochen später kam ein Anschlag heraus, welcher dieselben wieder für gültig erklärte, und weiter betonte, daß dieselben nun auch mit aller Schärfe angewendet würden. Wohin die Strafgelehrten kommen, ist das Geheimnis der Firma; denn schon vor einem Vierteljahr wurde dem Arbeiterauschuß, welcher Einblick in das Strafbuch verlangte, bedrückt: man habe keine Zeit, oder: es müßte erst einmal zusammengerechnet werden. Es hieß, es können 40 Mk. sein; dann waren es 120 Mk., dann wieder mal 80 Mk.; Unterthütigung in einem Krankheitsfalle oder dergleichen hat bis jetzt noch Niemand erhalten. Für einen Former, der im Krankenhause gelegen hatte, waren von der Arbeiterkassa 10 Mk. verlangt worden; bewilligt hat die Firma 5 Mk., bekommen hat der Betreffende aber nichts. Ein Kollege hat 20 Mk. erhalten, weil er infolge Verletzung der Augen in die Klinik mußte, hat aber die 20 Mk. wieder zurückzahlen müssen. Hat ein Meister etwas vergessen aufzuschreiben, wird einfach nicht bezahlt; wenn es gleich da ist. Auch kommt es vor, daß der Arbeiter, wenn er aufhört, statt für 14 Tage für 3 Wochen Krankentage abgezogen bekommt. Dann heißt's: „Das ist für die erste Woche, wo sie hier waren, da haben sie nicht abgezogen.“

Blatt 66 ff. der Akten). Diesen beiden objektiven Gutachten gegenüber kann das mit der Berufungsschrift eingereichte oberflächliche Attest des Herrn Dr. Rubenjohn zu Darmen, welches ohne Attestkenntnis und ohne jede Kenntnis des Falles ausgestellt worden ist, wohl kaum irgend welche Bedeutung beizumessen sein. Der Berufungsakzessor Gröhl war am Sonnabend, den 24. August cr., auf unserem Bureau und hat uns, ihn doch noch einmal von einem Kreis- bezw. Gerichtsarzt untersuchen zu lassen und erklärte: wenn auch dieser den Grad der Erwerbsverminderung zu 10 Proz. abschätzen würde, seine Berufung dann als gegenstandslos zurücknehmen zu wollen, zumal auch der erstbehandelnde Arzt Herr Dr. Ostertag ihm den Invaliditätsgrad auf nur 10 Prozent angegeben habe.

Wir haben nun dem Ersuchen des p. Gröhl bezüglich nochmaliger Untersuchung entsprochen und ihm das Resultat des Gutachtens des Herrn Dr. Bohm mitgeteilt.

Heute erklärte derselbe in einer Karte (Blatt 67 der Akten), die Berufung nicht zurücknehmen zu wollen.

Wir bitten hiernach nochmals um Abweisung der Berufung.

Brauer- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft IX. Sektion, Dortmund.

Wände.

Die Berufs-Genossenschaft erhielt hierauf folgendes Schreiben:

Darmen, 4. 9. 1901.

An die Brauer- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft IX. Sektion, Dortmund.

In einem Schreiben an das Schiedsgericht f. Arb.-Berf. des Reg.-Bez. Düsseldorf vom 26. August d. J. (betreffend Berufung August Gröhl hier) haben Sie in Gegenüberstellung der beiden „objektiven“ Gutachten meiner Kollegen das von mir ausgesetzte Attest als „objektiv“ bezeichnet, dem, weil „ohne Attestkenntnis“ und ohne jede Kenntnis des Falles (1) ausgestellt, „wohl kaum irgend welche Bedeutung beizumessen sei“. Eine derartige Charakterisierung eines gewissenhaft und objektiv (wenn auch „ohne Attestkenntnis“) ausgesetzten ärztlichen Attestes muß als höchst ungebührig bezeichnet werden und ich lege deshalb gegen dieselbe hierdurch nachdrücklich Beschwerde ein. Für die Zukunft muß ich mir eine derartige Beurteilung meiner Artzei ganz entzihen verbitten.

Ergebenst Dr. med. Rubenjohn.

Bemerkt sei noch, daß in der Sitzung des Schiedsgerichts in Düsseldorf am 1. d. M. der Sachverständige, Herr Sanitätsrat Dr. Schulz, die Gutachten der Doktoren Gerdes und Susewind in Darmen und Gerichtsarzt Dr. Bohm in Dortmund als unzutreffend erachtet und sich dem Gutachten des Herrn Dr. Rubenjohn in Darmen angeschlossen hat.

Eine Heilstätte für Geschlechtskranke gedenkt die Landes-Versicherungsanstalt Berlin Anfangs Oktober im Umfange von zunächst 50 Betten zu eröffnen. Der Verwaltungsbericht 1900 richtet an die Ärzte die dringende Bitte, diese Bestrebungen durch genaue Ausfüllung der Atteste und Ueberweisung von geeigneten Fällen zu unterstützen. Damit kommt die Anstalt in ärztlichen Kreisen vielfach aufgestellten Forderungen entgegen.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Neue Zentralverbände. Am 29. und 30. September waren die Fensterputzer Deutschlands in Berlin versammelt, um über ihre Lage und eine geeignete Organisationsform Beratungen zu pflegen. Ein Teil der Fensterputzer ist im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter organisiert, der größere Teil steht dieser Organisation fern, weshalb man die Gründung eines eigenen Verbandes beschloß. Ein solcher wird unter dem Namen: „Zentralverband der Fensterputzer Deutschlands“ am 1. Januar 1902 in Tätigkeit. Der Sitz des Verbandes ist Berlin. — „Deutscher Kürschnerverband“ ist der Name des auf dem Kürschnerkongress in Leipzig gegründeten Zentralverbandes. Zugelassen sind alle in der Kürschner-, Zureicher- und Mützenmacherbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 Pfg., für weibliche Mitglieder 25 Pfg. Als Beitrag wird erhoben von den Kürschnern, Zureichern und Mützenmachern pro Woche 30 Pfg., von den männlichen Hilfsarbeitern 25 Pfg. und von den weiblichen Hilfsarbeitern 15 Pfg. Das Jahrgeld wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Generalversammlungen finden alle zwei Jahre statt. Bei Eintritt zahlt der Verband eine Unterstützung an Kürschner usw. von 9,60 Mk., an Hilfsarbeiter 8 Mk. und an Arbeiterinnen 4,80 Mk., außerdem für Kinder unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche. Die Unterstützung bei Maßregelungen, die vom ersten Tage ab gezahlt wird, beträgt für die einzelnen Kategorien 15 Mk., 12,50 Mk. und 7,50 Mk. pro Woche, desgleichen für jedes Kind 1 Mk. Der Sitz des Verbandes wird nach Hamburg verlegt. Der neue Zentralverband tritt mit dem 1. Januar 1902 in Kraft und schließt sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an. Der Uebertritt der Mitglieder der jetzigen Vereine hat bis zum 15. Februar 1902 zu erfolgen.

Die Ausperrung der Tabakarbeiter in Nordhannover dauert fort. Wenn die Fabrikanten glauben, daß der Mißhins am 1. Oktober, die Eintreibung der Schadensersatzsummen usw. die kämpfenden manfend machen würde, so haben sie sich mit jannur der bürgerlichen Presse wiederum geflüchtet. Die letztere erklärte schon vorige Woche, daß die Tabakarbeiter sich als die Besiegten erklären müßten. Wiederrum natürlich eine Unwahrheit im Unternehmerinteresse. Die bürgerliche Presse ist doch zu kindisch. Als ob es nicht bekannt wäre, in welcher Verlegenheit sich die acht Fabrikanten befinden. Die Produktion in den Gefängnissen unter den denkbar traurigsten Verhältnissen kann eben nicht von längerer Dauer sein. Die Arbeitswilligen in den Fabriken sind gleichfalls minderwertige Elemente. Die Händler, welche aus den acht Fabriken Tabak beziehen, werden die Waare nur schlechtlös, denn die Fabrikate sind dertat unregelmäßig gearbeitet, daß man denselben die traurigen Produktions-

bedingungen ansieht. So steht es denn fest, daß die Kämpfenden nicht daran denken, sich bedingungslos zu ergeben. Wenn die fernere finanzielle und moralische Unterstützung unserer Brüder und Schwestern in Deutschland so wie bisher sich bewährt, werden die Tabakarbeiter weiter kämpfen, bis die Organisation zur Anerkennung gelangt.

Der sechste französische Gewerkschaftskongress tagte Ende September in Lyon. Er beschäftigte sich zunächst mit dem Entwurf zu einem A l t e r s - und J u v a l i d e n -gesetz der Arbeiter. Derselbe wurde mit 479 von 494 Stimmen verworfen. Nicht viel besser erging es dem Streikzwanggesetz-Entwurf, der gleichfalls mit großer Majorität abgelehnt wurde. Mit 258 gegen 205 Stimmen erklärte sich der Kongress für die Institution der Arbeitsräthe. Der Kongress nahm sodann Stellung zu der Frage, ob Postil in den Gewerkschaften zu treiben sei. Da in dieser Beziehung den Gewerkschaften in Frankreich keine gesetzlichen Schranken auferlegt sind, schritt die Frage auf dem Kongress nur zur Erörterung gekommen zu sein durch den Gegenstand, welcher zwischen den verschiedenen sozialistischen Fraktionen bezüglich des Anschlusses der Gewerkschaften an die politischen Parteien besteht. Angenommen wurde eine Resolution, nach welcher sich die Gewerkschaften außerhalb der politischen Schulen zu halten haben. Zum Generalstreik wurde folgende Resolution mit 352 gegen 41 Stimmen und 85 Stimmenthaltungen angenommen:

„Der Kongress erklärt, daß der Generalstreik nicht ein Mittel der Befreiung irgend einer Kategorie von Arbeitern sein kann. Er kann nur zum Ziel haben die vollständige Befreiung des Proletariats durch die gewalttätige Expropriation der kapitalistischen Klasse.“

Damit ist also der Generalstreik, wo er sich nur auf einen Beruf ausdehnen soll, verworfen. Zu Gunsten eines drohenden Generalstreiks der Bergarbeiter nahm man aber dennoch eine Erklärung an, da die Bedeutung und Tragweite dieser Bewegung niemand voraussehen und dieselbe zur allgemeinen Emanzipation führen kann.

In der dänischen Eisenindustrie und auf den Schiffswerften sind die Verhältnisse zwischen den Unternehmern und den Arbeitern seit längerer Zeit sehr unsichere. Die Arbeitgeber der in Betracht kommenden Branchen haben sich zusammengesprochen und einen gemeinsamen Ausschuß eingesetzt, der es offenbar als seine Aufgabe ansieht, alle Forderungen, die seitens der Arbeiter gestellt werden, abzuschleimen. Es ist in diesem Frühjahr nach Ablauf der alten Verträge nicht zu einer Einigung über die künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gekommen. Der vertragslose Zustand behagte den Fabrikanten aber auch nicht. Sie strebten nun danach, die Bestimmungen des alten Vertrages, so weit sie ihnen günstig scheinen, und ohne Festsetzung eines Minimallohnes, wieder einzuführen; lehnten aber alle Verbesserungen, die die Arbeiter beantragten, ab mit der Begründung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland, besonders in Berlin, sowie in Schweden viel schlechter seien und die dänische Industrie, zumal bei der herrschenden Geschäftslage, keine weitere Belastung tragen könne. — Die Vertreter der Arbeiter strebten auch besonders darnach, die wöchentlich zulässige Ueberzeitarbeit auf ein Maximum von acht Stunden zu beschränken, um dadurch der großen Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Nun haben die Arbeitgeber am 4. Oktober in ihrer Sitzung erklärt, daß sie die vom dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband gestellten Forderungen als einen Abbruch der Verhandlungen ansehen und ihre eigenen Vorschläge bei geeigneter Zeit auf „admirallicem Wege“ durchführen wollen. Offenbar trachten die Herren darnach, die Arbeiter bei der jetzigen schlechten Konjunktur in einen aussichtslosen Streit zu treiben.

Der dritte belgische Gewerkschaftskongress findet am 15. und 16. Dezember im „Maison du Peuple“ zu Brüssel statt. Tagesordnung: Regelung des Lehrlingswesens; Organisation der verwandten Berufe; Affordarbeit; Verkürzung der Arbeitszeit; der Stand der Gewerkschaften in Belgien; obligatorischer Schulunterricht; Gefängnisarbeit; Erhöhung der Gewerkschaftskommissionsbeiträge von 2 auf 5 Cent; die Rolle der Gewerkschaft in der modernen Arbeiterbewegung. Als Präsidenten sind die Genossen Bertrand und De Clerk vorgeschlagen.

Gerichts-Zeitung.

Eine wunderbare Entscheidung hat das preussische Kammergericht gefällt, eine Entscheidung, nach welcher Plakate, die den Beitritt zu einer Gewerkschaft empfehlen, nicht in Geschäftsbüros ausgehängt werden dürfen! Der Gastwirt Schneider in Siedlich hatte in seinem Lokal ein Plakat des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter aufgehängt, auf dem die Zwecke des Verbandes dargelegt waren und der Beitritt zum Verbande empfohlen wurde. Er wurde deshalb der Uebertretung des § 3 des preussischen Preßgesetzes von 1851 angeklagt, welcher nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts noch Rechtskraft hat. Darin wird bestimmt: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen andern Inhalt haben, als Ankündigungen über geistlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergütungen, über geordnete, zensurlose oder gesunde Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten, für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“ Das Schöffengericht und das Landgericht II zu Berlin sprachen den Beklagten frei. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob indessen der Strafsenat des Kammergerichts die Vorentscheidung auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Der Herr Oberverwalter führte zur Begründung aus: Der Vorderriester habe den Begriff der Öffentlichkeit verkannt. Es liegt hier ein öffentliches Ausstellen vor, weil die Gewerkschaft ein öffentliches Amt sei. Da unter der Fassung des im Lokal aufgehängten Plakats nicht zu den nach § 9 angenommenen Ankündigungen gehöre und insbesondere nicht Nachrichten über Verkehr und Handel erlaube, so läßt das Plakat gemäß § 9 nicht aufgehängt werden dürfen. Zu Unrecht beruft sich der Vorderriester auf § 43 Absatz 5 der Reichsgewerbeordnung. Dieser behandle nur die nicht-gewerkschaftliche Vertrieben von Druckchriften und löse

auf das Anheften von Plakaten nicht anwendet werden. Der „Vorderriester“ bemerkt dazu mit Recht: Das ist wohl das Gediegenste, was bisher auf dem Gebiete der preussischen Rechtsprechung vollbracht worden ist. Wir erwarten nunmehr von der Staatsanwaltschaft, daß sie, um aus vielen Beispielen nur wenige herauszugreifen, mit Eifer gegen die Plakate der Versicherungsgesellschaften auf den Bahnhöfen, und in den Eisenbahnwagen vorgeht, daß sie wegen der überall zu findenden Anpreisungen der Junglings- und Jungfrauen-Vereine Anklage erhebt und ebenso die Leiter der gemeinnützigen Unternehmungen, wie Lesehallen, Unterrichtsinstitute usw., vor den Strafrichter führt, soweit die Herren ihre Institute durch öffentliche Anschläge bekannt gegeben haben. Denn alle diese Leute haben nach der vom Staatsanwalt provocirten Entscheidung des preussischen Kammergerichts gegen das Preßgesetz verstoßen. Man sieht, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn ein reactionäres und mit dem öffentlichen Leben von heute nicht mehr zu vereinbarndes Gesetz nach den durch die moderne Rechtsprechung bekannt gewordenen Prinzipien interpretirt wird.

Litteratur.

Ein Notizkalender für Metallarbeiter für das Jahr 1902, der erste seiner Art, wurde vom Vorstande unseres Verbandes herausgegeben. Es ist ein handliches Taschenbuch in einem hübschen Leinenbände. Aus dem reichen Inhalte heben wir hervor: Geschichtliches aus der Deutschen Metallarbeiter-Bewegung, Auszug aus dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Statistische Daten aus der Metallindustrie und Adressen ausländischer Verbände und des internationalen Informations-Bureaus. Ferner: Allgemeine gewerkschaftliche Daten wie die Deutsche Streikstatistik 1891—1900, Die Erfolge der Gewerkschaften, Was können die Gewerkschaften? Adressen der Gewerkschaftsverbände, der Gewerbe-Inspektoren und Arbeiter-Sekretariate, Neue Arbeiter-Zustimmungen, Praktische Winke für das Arbeiterverhältnis, Neue Volkzählungsergebnisse für das Deutsche Reich, Militärleistungen-Erweiterung, Wissenswerthes über Reichstag und Bundesrat, Tuberkulose-Merkblatt usw. Außerdem ist ein Kalendarium und genügend weißes Papier zu Notizen vorhanden. Der Preis für dieses praktische und nützliche Nachschlagebuch beträgt nur 50 Pfg., so daß es jedem unserer Kollegen möglich ist, sich dasselbe zu beschaffen. Jeder unserer Kollegen sollte sich in den Besitz dieses Kalenders setzen, der auch Jedermann ermöglicht, in leichter und übersichtlicher Form Einnahmen und Ausgaben zu buchen. Bestellungen nehmen entgegen: die Verbandsleiter, die Verwaltungsstellen, sowie der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Redarstraße 160.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 1. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Einige Reflexe. — Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerkes 1901. Von Friedrich Engels. — Der Parteitag in Lübeck. Von H. Naußky. — Der Nationalismus in Frankreich. I. Von Hubert Lagardelle. — König Sarkis. Von D. Wach. — Wirtschaftliche Umschau. Von H. Curcio. — Was heißt ein Proletariat?

Briefkasten.

Bremen. Nachdem wir ausführlich in mehreren Artikeln über den neuen Zolltarif berichtet haben, müssen wir uns versagen, Versammlungsberichte über dasselbe Thema zu bringen.

Piebrich a. Rh. Warum denn das Vorgehen des Hauptvorstandes gleich „brandmarken“? Mit dem Protest müssen Sie an den Ausschuß gehen, dazu ist die Zeitung nicht da.

H. H. Ludwigsburg. Die betr. Briefkastennotiz in voriger Nummer gilt auch für Sie.

Mühlhausen i. G. Wir müssen genauere Angaben haben. Da Sie z. B. nur von dem „größten Geschäft am Plage“ berichten, ohne uns die Firma zu nennen, können wir den Bericht nicht aufnehmen und erwarten nähere Mittheilung.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Zu jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Alfeld a. L. Samstag, 19. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Herrmann.

Altona. Am Dienstag, den 22. Oktober, Abends halb 9 Uhr bei Christianen.

Aidervischen. Sonnabend, 20. Oktober, Abends 9 Uhr, Schreibers Lokal vor dem Wasserthor.

Aitendorf-Gräu. Samstag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale von Hartmann, Gde. Juliens- u. Bruchstr.

Berlin. Sonntag, den 20. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Formerverammlung im Gewerkschaftshaus (großer Saal).

Tagesordnung: Der Uebertritt der Formner. Referent: Kollege Louis Müller. — Sonntag, den 20. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Morgenprache der Schraubendreher bei Wegel, Brangelstraße 186. — Klemmstr.: Mittwoch, den 23. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 1. — Sonntag, den 27. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Morgenprache der Hobler, Bohrer, Fräser u. s. w. bei Dieke, Wehrstraße 123. — Sonntag, den 3. November, Vormittags 10 Uhr, Generalversammlung im Palais-Theater, Burgund, Wolfgangstraße-Gde. — 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des 1. Delegirten, eines Beisitzers und zweier Revisoren.

3. In die Verwaltung gelangten Anträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Kollegen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß zu dieser Versammlung Kaufzettel nicht verschickt werden. — Konferenzen der Vertrauensleute

Montag, den 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der gesammten Vertrauensleute Berlins im Gewerkschaftshaus (großer Saal). Tagesordnung: Stellungnahme zu den bevorstehenden Neuwahlen. Donnerstag, den 24. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Vertrauensleute der Mechaniker, Uhrmacher und Optiker im Gewerkschaftshaus.

Baden-Baden. Samstag, 26. Oktober.
Frankfurt. Sonnabend, 26. Oktober, Steinstr. 2-4.
Harwen. (Riengangschlossereien.) Samstag, 26. Oktbr., Abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5.
Harwen. (Klempner und Installateure.) Sonntag, 27. Oktober, Vormittags halb 10 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5.
Sitterfeld. Am 26. Oktober.
Sonn. Samstag, den 19. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Fassbender, Kajettenstraße.
Bronberg. Dienstag, 22. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Livol“, Thalfstraße.
Braunschweig. (Allgem.) Sonnabend, 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.
Braunschweig. Sonnabend, 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.
Bruchsal. Sonntag, den 20. Oktober, Vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Einhorn. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Crimmitschau. Sonnabend, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in Ahnerts Herberge, Johannisplatz.
Dessau. Sonnabend, 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Umalienstraße.
Dietrichsdorf, Heumühlen u. Hng. Freitag, den 25. Oktober, in Jöfz's Gasthof, Wellingsdorf.
Dortmund. (Klempner und Installateure.) Samstag, 28. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Grinert, Stübeng. 4.
Dortmund. Samstag, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr 1 Kampstraße 73.
Döbeln. Sonntag, den 27. Oktober, Vormittags halb 11 Uhr, in Hempels Restaurant, Neugasse.
Duisburg. Samstag, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Hof von Holland, Oberstraße 6.
Emsbora. Sonnabend, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Krause, Flammweg 59.
Gilberg. Jeden 2. und letzten Sonnabend des Monats.
Grangen. Jeden letzten Samstag im Monat Abds. 8 Uhr bei Schupp.
Grfurt. (Klempner.) Sonnabend, 19. Oktober.
Finsterwalde. Sonnabend, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus Raundorf.
Frankfurt a. M. - Sodenheim. Samstag, 26. Oktbr., Abends halb 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13/15.
Hamburg. 28. Oktober, Abends halb 9 Uhr für den Bezirk Oberad, im „Lampus“, Offenbacherlandstraße 248.
Harzwangen. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Gasthaus zum Köpfe.
Hera. Sonnabend, 26. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Beder, Waldstraße, Kassetag.
Hamburg. (Klempner und Hilfsarbeiter.) Jeden letzten Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Klages, Ecke Alperthor und Hermannstraße.
Hamel. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachm. 3 Uhr, bei Wode, Baustraße 3.
Hagen-Silpe. (Allgemeine.) Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn C. Steinhauser, Selbetrstraße.
Hilbronn. (Allgem.) Samstag, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in der „Hose“.
Harberg. (Allgem.) Sonnabend, den 26. Oktober, bei Hiffenhop, Bergstraße 7.
Hartslruhe. (Sektion der Bauhölzer.) Samstag, 19. Oktober, in der Restauration Fortuna, Ludwigplatz.
Juchenwalde. Montag, 21. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Schulz, Beiligerstraße 34.
Kiegnitz. Sonnabend, 26. Oktober, im Gasthof zum Kreuzfischen Hof.
Ludwigshafen a. Rh. Samstag, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Magstraße.
Lerr. Sonnabend, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Heibricht'schen Lokale, Heisfelderstraße.
Ludwigshafen. Samstag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“.
Menselwitz. Samstag, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in der Quelle. Wahl eines Bevollmächtigten und eines Revisors.
Menselwitz i. N. Am 26. Oktober.
Mensel a. G. Am 26. Oktober.
Mennigster. Freitag, den 25. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Kellermann, Plauerstraße 7.
Niederselbitz. Montag, den 21. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Reymanns Restaurant, Groß-Bischhofsstr.
Offen. Sonnabend, 19. Oktober.
Piruberg. (Sektion der Schleifer, Polierer u. Vernickler.) Samstag, 26. Oktober, im Café Merz.
Ohlig. Samstag, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Krampebel.
Pirna. Sonnabend, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im „Grünen Schiffschen“.
Rasch. Samstag, 19. Oktober, im „Rothem Haus“.
Regnitz. Samstag, den 19. Oktober, im Vereinslokal (Post.) Boring.
Ratzen. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachmittags 6 Uhr, in Berners Lokal, Rühlheimerstraße.
Roslan. Sonnabend, 26. Oktober, bei Schreiber, Felsstraße. Sonntag, den 27. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, in Meinsdorf bei Hühner.
Sattlingen. Jeden 1. Samstag, Abends 8 Uhr und 2. Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr, bei Köpffe, zur Germania.
Siedelheim. Montag, 21. Oktober, Abends 9 Uhr, im „Landschaft“.
Stettin-Ostheim. Am 26. Oktober.
Stettin. (Sammliche Sektionen.) Samstag, den 26. Oktober, im Gewerkschaftshaus zum „Bären“, Spingerstraße 17-18.
Stettin. Sonnabend, 19. Oktober, Abds. halb 9 Uhr.

Schwiebus. Sonnabend, 19. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Gondelatsch, Mühlenstraße.
Schwabach. (Sektion der Aluminiumschläger.) Am 19. Oktober, Abds. 7 Uhr, im Lokal zum Schiff.
Sehaldobrück. Sonnabend, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Jannoni.
Solingen. Samstag, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Johann van Bells, Cronenbergerstraße.
Strassburg. Samstag, den 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weißthurnstraße 1.
Tuttlingen. Samstag, 19. Oktober, bei Wilh. Wegel, zum goldenen Adler.
Velbert (Reinland). Samstag, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Wilh. Wollens, Friedrichstraße 7.
Viersen. Sonntag, 27. Oktober, Morgens 11 Uhr, bei Hubert Eijer, H. Bruchstraße 25.
Waltershansen. Jeden 2. und 4. Sonnabend des Monats im „Wöber“.
Worms. Samstag, 26. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Zuffenhausen. Samstag, 26. Oktober, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Kirchthal.

Altenburg. Sonnabend, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im „Livol“: Vortrag über „Religion“. Referent: Genosse Leopold-Heig.
Barmen. Bevollmächtigter: Georg Kern, Lazarethstraße Nr. 7/11. Reisegeld-Auszahlung Mittags 12 bis halb 2 Uhr; Abends von 6 bis 8 Uhr.
Finsterwalde. Sonnabend, den 2. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Stiftungsfeier im Gesellschaftshaus Raundorf. Theater, Vorträge. Tanz. Eintrittspreis 75 Pfg.
Frankenthal. Samstag, 19. Oktober, im Saale des Niedertranges 10jähriges Jubiläumfest. Festrede, Theater, Ball. Da Bier zum Ausichant kommt, ist ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. zu bezahlen.
Königsbüttr. Wegen Lokalmangel werden die Beiträge bei Albert Distel, Gartenstraße 61, entgegengenommen und die Zeitungen dort in Empfang genommen.
Leipzig. Freie Arbeiter. Jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat bei Schumann. Die Reiseunterstützung wird bei Kollege Reibel im „Coburger Hof“ ausbezahlt, wofür sich auch der Arbeitsnachweis befindet. Umzuschauen streng verboten.
Ludwigshafen. Das Ortsgeheim wird nicht mehr ausbezahlt.
Mainz. Bevollmächtigter: Jos. Hansmann, Rechengasse 2, 3. Stod.
Münster. Die Herberge der organisierten Metallarbeiter befindet sich jetzt im „Rothem Hof“, Freystraße 7. Alle Reiseunterstützungsauszahlung des D. M. V. werden er sucht, die Reisenden darauf aufmerksam zu machen.
Die Herbergs-Kommission.
Stralsund. Verkehrslokal und Reisegeld im Gewerkschaftshaus, Semlowerstraße 10. Herberge: „Drei Kronen“, Wötkerstraße 29.

Geforbene.

Schlosser Ferdinand Mohrkamm in Schmölln an der Proletarierkrankheit im 25. Lebensjahre.

Allgemeine Franken- und Strebekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29) Hamburg.
Grünberg. 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Zahlabend im Braunen Hirsch.
Hannoversburg. Sonnabend, den 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Saale des Herrn Schumann, Hitz, Mummelsburg, Her: Prinz Albertstr. 70/71, Vortrag des Herrn Dr. Klatkowski: „Magenkrankheiten und ihre Verhütung“, Klassenbericht.

Metallarbeiter-Notizkalender für 1902

Gediegens und praktisches Nachschlagebuch für alle in der Arbeiterbewegung stehenden Metallarbeiter.

Inhalt: Gedichtliches aus der Deutschen Metallarbeiter-Bewegung (9 Seiten), Auszug aus dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (14 Seiten), Statistische Daten aus der Metallindustrie (9 Seiten) und Adressen ausländischer Verbände und des internationalen Informations-Bureaus (1 Seite). Ferner: Allgemeine gewerkschaftliche Daten wie die Deutsche Streikstatistik 1891-1900, Die Erfolge der Gewerkschaften, Was können die Gewerkschaften?, Adressen der Gewerkschaftsverbände, der Gewerbe-Inspektoren und Arbeiter-Sekretariate, Neue Arbeiterkammerbestimmungen, Praktische Winke für das Arbeitsverhältnis, Neue Volkszählungs-Ergebnisse für das Deutsche Reich, Militärdienst-Steigerung, Wissenswerthes über Reichstag und Bundesrath, Tuberkulose-Verbreitung z. Außerdem ein Kalendarium und genügend weißes Papier zu Notizen.

Preis pro Stück 50 Pfg.
 nur bei vorheriger Einzahlung des Betrages.
 Bestellungen nehmen entgegen: die Vertrauensleute, die Verwaltungsstellen, sowie der
Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Stuttgart, Redarstraße 160.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltige Zeile beträgt 50 P.

Engros. Preisliste franko. Versand.

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen. Unstreitig vortheilhafteste Bezugsquelle. Ferner empfehlen:

M. Maglökchen	100 St.	2,40
Marianne	100 St.	2,50
Wibiana	100 St.	3,-
Nora	100 St.	3,50
Area	100 St.	3,75
Sav. Soule	100 St.	4,10
Cabinet	100 St.	4,50
Meadoza	100 St.	5,-
Felix Brasil	100 St.	4,60
St. Felix, Orig.-Stiften	250 Stück (Franko)	12,50
Mexicanos	100 St.	5,50

Verband und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke, 300 St. portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonvenientes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückerstattung des Betrages zurück. Bei Entnahmen von 500 St. gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt, wenn die Zeitung besetzt. [53]

Ozellak & Geballe,
 Zigarren-Engros-Lager
 Berlin W.
 Unter den Linden 20, Hof I. Gruppe.
 100 Stück Mk. 3,75. 100 Stück Mk. 4,10.
 Telefon-Amt I, 502.

Das von **Frau Anna Hein**, früh. Oberhebamme a. d. geburtsch. Klinik d. kgl. Charité zu Berlin verfasste Buch **„Frauenschatz“** send. j. 50 P in Brsm. d. Versandhaus hyg. Bedarfsart. v. Frau Anna Hein i. Berlin S. Nr. 206 Oranienstr. 65.

Stomke's Städtebuch
 für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegekarte von Deutschland u. angr. Ländern 356 Seiten, geb. 1,20 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Einzahlung von 1,40 Mk. von **G. Stomke's Verlag, Bielefeld.**

!Nebenverdienst!
 bietet sich organ. Genossen durch Vertrieb meiner Metall-Schwedenhülse, Schnupftabakdosen u. s. m. mit Namen. Entsch. Refl. erhalten auf Wunsch Prospekt und Schwedenhülse als Muster gratis u. fr. Bitte genaue Wdr. 105 **Wheinhart Chate, Hohenstein-Gr. i. S.**

Bei hoher Vergütung
 suche allerorts Herren, welche den Vertrieb hochleg. Neuheit (auch vorzüglicher Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Prospekte gratis. 103 **Herm. Wolf, Zwicken i. S., Blücherstraße.**

Der Former **Rudolf Müller** aus Schmölln, Buch-Nr. 327,335, wird ersucht, seine Adresse anzugeben wegen Familien-Angelegenheit 108 **August Dowath, Gablenz bei Crimmitschau.**

Sugo Witter, Former, gebürtig aus Halle a. S., wo bist Du? Gib sogleich Deine Adresse an betreffs wichtiger Angelegenheiten. 109 **Dein guter Freund F. R.**

Former **Gustav Wedding** gib Deine Adresse an. 110 **Lorenz Münch.**

Aufforderung. Der Former **Joh. Otto** wird dringend er sucht, seine Adresse an den Rechtsanwalt Dr. Ballach oder an den Kollegen **Wilh. Düwll** (beide Essen) einzusenden, da er in einem wichtigen Prozeß als Zeuge genommen werden soll.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei **Herm. Eybow & Co.** in Nürnberg.